



KT/04/2022

Abschrift!

Genehmigtes Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Kreistages
am Freitag, dem 16.12.2022, 16:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Kreistages,
Kreishaus am Schloßplatz, 31582 Nienburg

Beginn: 16:00 Uhr

Ende: 17:50 Uhr

Anwesend:

Stimmberechtigtes Mitglied

Herr Landrat Detlev Kohlmeier
Frau KTA Heide Wirtz-Naujoks, 27318 Hoya
Herr KTA Daniel Barg, 31603 Diepenau
Herr KTA Abdel-Karim Iraki, 31582 Nienburg
Herr stellv. Landrat Maik Beermann, 31634 Steimbke
Herr KTA Hans-Jürgen Bein, 31613 Wietzen
Herr KTA Wilhelm Bergmann-Kramer, 27324 Eystrup
Herr KTA Werner Cunow, 31608 Marklohe
Herr KTA Tim Hauschildt, 31582 Nienburg
Herr KTA Karsten Heineking, 31606 Warmсен
Frau KTA Ute Heitmüller, 31592 Stolzenau
Herr KTA Lothar Kopp, 31595 Steyerberg
Herr KTA Heinrich Kruse, 31592 Stolzenau
Herr KTA Alfred Plate, 31618 Liebenau
Herr KTA Guido Rode, 31632 Husum-Bolsehle
Herr KTA Wilhelm Schlemmermeyer, 31582 Nienburg
Herr stellv. Landrat Dr. Frank Schmädeke, 31622 Heemsen
Frau KTA Barbara Weißenborn, 31582 Nienburg
Frau stellv. Landrätin Anja Altmann, 31582 Nienburg
Herr KTA Henrik Buschmann, 31582 Nienburg
Herr KTA Andreas Cordes, 31622 Heemsen
Frau KTA Janine Meyer, 31582 Nienburg
Herr KTA Klaus Niepel, 31618 Liebenau
Herr KTA Norbert Sommerfeld, 31637 Rodewald
Frau KTA Marja-Liisa Völlers, 31547 Rehburg-Loccum
Herr KTA Oliver Ziebolz, 31633 Leese
Frau KTA Kirsten Heusmann, 31582 Nienburg
Frau KTA Viktoria Kretschmer, 31582 Nienburg

Frau KTA Rita Schnitzler, 31608 Marklohe
 Herr KTA Christian Wittenberg, 31627 Rohrsen
 Herr KTA Thomas Köhler, 31638 Stöckse
 Herr KTA Peter Schiemann, 27318 Hoya
 Frau KTA Katharina Fick, 31637 Rodewald
 Herr KTA Heiko Lange, 27324 Hassel
 Herr KTA Frank Podehl, 31582 Nienburg
 Herr KTA Jörg Hille, 31608 Marklohe
 Herr KTA Anton van den Born, 31547 Rehburg-Loccum
 Herr KTA Heinrich Werner, 31582 Nienburg

Verwaltung

Herr Erster Kreisrat Lutz Hoffmann
 Frau Kreisrätin Kathrin Woltert
 Herr KVD Torsten Röttschke
 Frau Petra Bauer, Gleichstellungsbeauftragte
 Frau KVR Gun Dachs, Fachbereich Finanzen
 Frau Christine Graubohm, Vorzimmer des Landrates
 Herr KAR Cord Steinbrecher, Büro des Landrates

als Stenotypistin
als Protokollführer

Zuhörerinnen/Zuhörer

22

Presse

Herr Stüben, Die Harke

Entschuldigt fehlen:

Herr KTA Jens Engelking, 31603 Diepenau
 Herr KTA Bernd Heckmann, 31608 Marklohe
 Herr KTA Tim Höper, 31637 Rodewald
 Frau KTA Ümmühan Huneke, 31595 Steyerberg
 Frau KTA Heidrun Kuhlmann, 31628 Landesbergen
 Frau KTA Elisabeth Kurowski, 27333 Schweringen
 Herr KTA Dr. Markus Richter, 31547 Rehburg-Loccum
 Frau KTA Uta Sievers, 31600 Uchte
 Frau KTA Annegret Trampe, 31603 Diepenau

KT-Vors. Wirtz-Naujoks eröffnet um 16:00 Uhr die öffentliche Sitzung des Kreistages, begrüßt alle Anwesenden, insbesondere den Vertreter der heimischen Presse sowie die zahlreichen Zuschauer:innen auf der Tribüne, stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Landrat Kohlmeier bittet, den Tagesordnungspunkt

Änderung der Anlage 1 zur Verordnung über den Verkehr mit Taxen und die Festlegung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen im Taxenverkehr im Landkreis Nienburg/Weser vom 14.10.2022

2022/248

von der Tagesordnung abzusetzen, da der Kreisausschuss dieses in seiner Sitzung am 12.12.2022 empfohlen habe.

Der Kreistag erklärt sich damit einstimmig einverstanden.

KT-Vors. Wirtz-Naujoks stellt sodann die nachstehende Tagesordnung fest:

- | | | |
|--------|---|-------------------|
| TOP 1: | Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 14.10.2022 | |
| TOP 2: | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023 | 2022/181/1 |
| TOP 3: | Jahresabschluss 2020 - Entlastung des Landrates | 2022/233 |
| TOP 4: | Annahme von Zuwendungen durch den Kreistag | 2022/240 |
| TOP 5: | Berufung von Schülervertreter:innen in den allgemein bildenden Schulausschuss | 2022/247 |
| TOP 6: | Gleichstellungsplan für den Zeitraum von 2021 bis 2023 | 2022/173 |
| TOP 7: | Hauptsatzung des Landkreises Nienburg/Weser | 2022/235 |
| TOP 8: | Geschäftsordnung für den Kreistag | 2022/236/1 |
| TOP 9: | Prüfung der Jahresrechnung des Niedersächsischen Landkreistages | 2022/203 |

- TOP 10: Eilentscheidung zur Stärkung des Katastrophenschutzes/Vorbereitung für einen längerfristigen Stromausfall im Landkreis Nienburg/Weser
2022/186/2
- TOP 11: Abschluss einer Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst ab 01.01.2023 gem. § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes
2022/175
- TOP 12: Mitglied des Grundstücksverkehrsausschusses (GVA)
2022/232
- TOP 13: Änderung des Gebührenverzeichnisses des Landkreises Nienburg/Weser für die amtlichen Untersuchungen und sonstigen Amtshandlungen nach dem Fleischhygienerecht
2022/245
- TOP 14: Weiterentwicklung und Erhöhung des Beitrages für die Klimaschutzagentur Mittelweser e.V. für den Zeitraum 2023 - 2027
2022/217/1
- TOP 15: Einrichtung von zwei Vollzeitpersonalstellen im Bereich Klimaschutz bei der Klimaschutzagentur Mittelweser e.V.
2022/218
- TOP 16: Änderung der Satzung und Entgeltordnung Kindertagespflege
2022/224
- TOP 17: Mitteilungen/Anfragen
- TOP 18: Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Zur Beglaubigung:

Die Vorsitzende	Protokollführer	Der Landrat
gez. Wirtz-Naujoks	gez. Steinbrecher	gez. Kohlmeier
Kreistagsvorsitzende	Kreisamtsrat	Kohlmeier



Protokoll zu TOP 1

16.12.2022

Genehmigung des Protokolls aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 14.10.2022

Beschluss:

Der Kreistag genehmigt das Protokoll aus der öffentlichen Sitzung des Kreistages vom 14.10.2022.

Beratungsergebnis:

Einstimmig mit sechs Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 2

2022/181/1

16.12.2022

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2023

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Abweichend von § 110 Abs. 8 NKomVG wird für das Haushaltsjahr 2023 ein Haushaltssicherungskonzept nicht aufgestellt, da aufgrund der festgestellten Folgen des Krieges in der Ukraine der Haushaltsausgleich nicht erreicht wird (§ 182 Abs. 5 i. V. mit Abs. 4 Nr. 3 NKomVG).

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2023 sowie das Investitionsprogramm für die Jahre 2024 bis 2026 in der jetzt vorliegenden Fassung werden beschlossen.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 33 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 3 Enthaltungen

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier führt aus, die Zeiten seien von Ungewissheit geprägt. Flüchtlinge, Krieg, Energie, Wirtschaft, Soziales, Personal. Diese Stichworte im Kontext bildeten ein trübes Gemisch aus Erwartung und Berechnung. Es liege in der Natur der Sache, dass Haushaltsplanungen in einem gewissen Maß Unsicherheiten unterworfen seien. Eine Situation wie die heutige habe er aber auch noch nicht erlebt. Der vorliegende Haushaltsplan sehe einen Fehlbetrag von über 20 Mio. Euro vor. Auch wenn der Haushalt von einiger Unsicherheit geprägt sei, benötige die Verwaltung einen Haushalt, um handlungsfähig zu bleiben. Er wolle auf zwei Punkte besonders eingehen. Das Miteinander und das Zusammenwirken von Landkreis und Gemeinden hätten die letzten Jahre besonders geprägt. Es werde eine vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit gepflegt. Der große Aufwand zur Unterbringung der geflüchteten Menschen sei von den Kommunen reibungslos betrieben worden. Für diese vertrauensvolle Zusammenarbeit danke er den Kommunen. Gleichzeitig gebe es auch ein gesetzliches und formales Miteinander und das zeige sich alljährlich bei den Haushaltsberatungen. Die Festsetzung der Kreisumlage sei ein logischer Reibepunkt. Dabei müsse der Landkreis und der Kreistag die beiderseitige Interessenlage und die beiderseitige finanzielle Leistungsfähigkeit im Blick behalten. Der Haushalt sehe eine

Anhebung der Umlagesätze um 3 Punkte vor. Vor dem Hintergrund der steigenden Fehlbeträge und der investiven Verschuldung auf fast 170 Mio. Euro in 2026 sei die Anhebung verträglich und angemessen. In der Gesamtheit stünden die Gemeinden sogar etwas besser da als der Landkreis. Die Entwicklung des Stellenplans sei nicht zufriedenstellend. Erneut würden acht Stellen hinzukommen. Dies sei eher eine kosmetische Betrachtung. Aufgaben wie der Zensus, die Großtagespflege und vor allem die Impfstelle fielen weg. Allein 15 Stellen würden deswegen gestrichen. Fast 24 neue Stellen kämen hinzu. Mit Blick auf die hohe Zahl der Flüchtlinge seien dies Stellen vor allem in den Bereichen Jobcenter, Ausländerbehörde, Sprachkurse. Auch im Katastrophenschutz sei ein Aufgabenzuwachs zu verzeichnen. Darüber hinaus würden in den Bereichen Wohngeld, Digitalisierung und Zukunftsregionen mehr Stellen benötigt werden. Die Krisen forderten die Verwaltungen kolossal in dieser Zeit und den Mangel an Arbeits- und Fachkräften spüre auch der Landkreis. Der Kreis stehe vor massiven Herausforderungen. Insgesamt seien die guten Jahre wohl vorbei, die Perspektiven unklar. Er danke den Abgeordneten, die jederzeit konstruktiv die Themen und die Probleme mit der Verwaltung bearbeitet hätten, in ihren Beschlüssen immer klar und zielgerichtet gewesen seien, aber der Verwaltung dabei stets Gehör und Vertrauen geschenkt hätten.

KTA Niepel erklärt, er sei angesichts der 27 Mio. Euro Fehlbetrag schockiert. Mit nunmehr 22,2 Mio. Euro sei die Lage dennoch weiter angespannt. Die meisten Ausgaben seien Pflichtausgaben. Dass die Hauptverwaltungsbeamt:innen im Landkreis die Senkung der Kreisumlage forderten, könne er aber verstehen. Angesichts der Lage sei eine andere Art und Weise der Finanzierung kaum denkbar. Er rege jedoch an, im Laufe des Jahres nachzubessern, wenn sich die Lage noch bessern solle.

KTA Schnitzler führt aus, 22 Mio. Euro Minus seien kein Pappenstiel. Die steigenden Steuereinnahmen gingen einher mit steigenden Ausgaben. Das Landbürde dem Landkreis immer mehr Aufgaben auf, ohne das Konnexitätsprinzip zu beachten. Die wenigen freiwilligen Aufgaben dürften nicht pauschal dem Rotstift zum Opfer fallen. Der Landkreis dürfe seine Zukunftsfähigkeit nicht aufs Spiel setzen. Die Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene müssten verbessert werden.

KTA Bergmann-Kramer erklärt, die CDU-Fraktion werde den Haushalt mitbeschließen. Er hoffe, dass sich der Nachtrag besser darstelle. Er befürchte allerdings, dass ein knapp zweistelliger Fehlbetrag verbleiben werde. Bund und Land müssten bei der Aufgabenübertragung das Konnexitätsprinzip beachten. Das Personal für die Bewältigung der übertragenen Aufgaben müsse bezahlt werden. Der Landkreis habe mehrfach bewiesen, dass er die Kommunen durch Senkung der Kreisumlage an positiven finanziellen Entwicklungen beteilige. Er danke der Verwaltung im Übrigen für die geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

KTA Hille legt dar, er habe gefühlt schon schlechtere Haushalte erlebt. Insbesondere die Perspektive sei bspw. 2006 schlechter gewesen. Er sehe durchaus Licht am Ende des Tunnels. Die FDP werde den Haushalt mittragen.

KTA Heineking erklärt, die CDU habe immer wieder Infrastruktur-Schwerpunkte gesetzt. Als Beispiele nenne er den Breitbandausbau und den Bereich der Kinderbetreuung. Dem Landkreis sei es gelungen, kommunale Unterschiede auszugleichen. Die CDU sei enttäuscht, dass die geschaffenen Breitbandanschlüsse nicht genutzt würden. Das sei angesichts der Investitionssummen ärgerlich. Der 6. Aufruf zur Breitbandförderung sei vermutlich von den Kommunen gar nicht mehr zu finanzieren.

Zudem seien die Kreisstraßen in einem desolaten Zustand. In diesem Jahr verzichte die CDU-Fraktion wegen anderer Schwerpunkte auf eine zusätzliche Instandhaltungsmaßnahme. Die Projekte könnten oftmals mangels Personal-Kapazitäten beim Landesamt gar nicht mehr umgesetzt werden.

KTA Fick führt aus, die Bedenken der Gemeinden seien offenbar von allen Fraktionen verstanden worden. Eine intensive Beschäftigung mit den Bedenken habe aber nicht stattgefunden. Wegen dieses Unwohlseins werde sich die WG-Fraktion bei der Abstimmung enthalten.

KTA Schiemann erklärt, er werde diesem Katastrophen-Haushalt nicht zustimmen. Der Gürtel müsse enger geschnallt werden. Ständige Zuschüsse an Vereine passten nicht in die Zeit. Flüchtlinge kämen nicht mehr aus der Ukraine, sondern aus anderen Teilen der Welt und säßen dauerhaft in den Sozialsystemen. Daher würden auch die nächsten Haushalte entsprechend schlecht aussehen.

KTA Sommerfeld erwidert, er habe von der AfD-Fraktion nichts anderes erwartet. Die große Mehrheit der Bevölkerung sehe das anders.



Jahresabschluss 2020 - Entlastung des Landrates

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

1. Der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2020 wird beschlossen.
2. Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 13.897.105,39 Euro wird in Höhe von 3.204.810,92 Euro zum Ausgleich des Fehlbetrages im außerordentlichen Haushalt verwendet. Der Restbetrag in Höhe von 10.692.294,47 Euro wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.
3. Dem Landrat wird für das Haushaltsjahr 2020 Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

(Der Landrat hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.)

Beratungsgang:

KTA Bergmann-Kramer erklärt, die CDU werde dem Landrat gerne die Entlastung erteilen.

KTA Niepel ergänzt, das Jahresergebnis sei gut. Er danke dem Landrat und der Verwaltung. Auch seine Fraktion werde den Landrat gerne entlasten.

KTA Schiemann erklärt, auch seine Fraktion werde den Landrat entlasten.



Annahme von Zuwendungen durch den Kreistag

Beschluss:

Das Gremium beschließt geändert.

Der Annahme der Zuwendungen der Bollmanns Stiftung sowie der LL-Förderstiftung, Estorf, wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

KVD Röttschke bittet, eine weitere Spende der LL-Förderstiftungen in Höhe von 3.000 € für den Sonderfond „Wir sind dabei“ anzunehmen.



Berufung von Schülervertreter:innen in den allgemein bildenden Schulausschuss

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

In den Ausschuss für die allgemein bildenden Schulen werden als Schülervertreter:innen berufen:

Mitglied: Ilias-Mame Kacar (OBS Hoya)
Ersatzmitglied: Etienne Januzi (IGS Nienburg)

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Gleichstellungsplan für den Zeitraum von 2021 bis 2023

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Der Gleichstellungsplan für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2023 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsgang:

Gleichstellungsbeauftragte Bauer führt aus, der Gleichstellungsplan 2021 bis 2023 liege zur Kenntnisnahme vor. Er beruhe auf der Grundlage des § 15 des Niedersächsischen Gleichberechtigungsgesetzes. Dort sei geregelt, dass jede Dienststelle mit mindestens 50 Beschäftigten erstmals zum 31. Dezember 2011 jeweils für drei Jahre einen Gleichstellungsplan zu erstellen habe. Als Grundlage diene eine Bestandsaufnahme und Analyse der Beschäftigtenstruktur und der zu erwartenden Fluktuation. Es sei festzulegen, wie eine Unterrepräsentanz abgebaut und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienarbeit verbessert werden solle. Erstellt werde der Gleichstellungsplan vom Fachbereich Personal unter Mitwirkung des Personalrats und der Gleichstellungsbeauftragten. Mit der jeweiligen Fortschreibung gelte es, die gesetzten Ziele zu überprüfen, deren Nichterreichung zu hinterfragen und gegebenenfalls eine neue Zielausrichtung zu formulieren. Der Bericht werde allen Beschäftigten zur Kenntnis zur Verfügung gestellt.

KTA Meyer erklärt, trotz der zeitlichen Verschiebung sei deutlich geworden, dass die Kreisverwaltung bemüht sei, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, eine Gleichstellung der Geschlechter herzustellen und Unterrepräsentanzen abzubauen. Deutlich werde aber auch, dass das Vorhaben gar nicht so einfach sei. Die Einflussmöglichkeiten seien begrenzt. Unterrepräsentanzen von Männern im sozialen Erziehungsdienst seien schwer zu vermeiden, weil der Beruf häufiger von Frauen gewählt werde. Der Anteil beschäftigter Frauen sei seit 2013 um 20 Prozent gestiegen, die Teilzeitquote sei bei Frauen deutlich höher. Leider lägen noch keine Daten über die HomeOffice-Nutzung vor.

KTA Heusmann, die Arbeit sei grandios. Veränderungen seien gut nachvollziehbar. Ihre Bitte sei, zu prüfen, wie mehr Männer für den Erziehungsdienst gewonnen werden könnten.



Hauptsatzung des Landkreises Nienburg/Weser

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Hauptsatzung des Landkreises Nienburg/Weser wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Stellv. Landrätin Altmann führt aus, sie freue sich über die Änderung, die die SPD angeregt habe. Mehr als 100 Menschen hätten den ersten Livestream zu Beginn der Pandemie verfolgt. Sie halte das für ein wichtiges Angebot in einem Flächenlandkreis.



2022/236/1

16.12.2022

Geschäftsordnung für den Kreistag

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die vorgelegte Geschäftsordnung wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Prüfung der Jahresrechnung des Niedersächsischen Landkreistages

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Das gemeinsame Rechnungsprüfungsamt der Landkreise Schaumburg und Nienburg/Weser wird beauftragt, die Prüfung der Jahresrechnung des Niedersächsischen Landkreistages beginnend mit der Jahresrechnung 2021 durchzuführen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



2022/186/2

16.12.2022

**Eilentscheidung zur Stärkung des Katastrophenschutzes/Vorbereitung für
einen längerfristigen Stromausfall im Landkreis Nienburg/Weser**

Beschluss:

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Das Gremium nimmt Kenntnis.

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 11

2022/175

16.12.2022

Abschluss einer Vereinbarung über die Erhebung von Entgelten im Rettungsdienst ab 01.01.2023 gem. § 15 des Niedersächsischen Rettungsdienstgesetzes

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Entgeltvereinbarung mit Wirkung ab 01.01.2023 wird abgeschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Mitglied des Grundstücksverkehrsausschusses (GVA)

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

In den Grundstücksverkehrsausschuss wird als dritter Vertreter der Landwirtschaftskammer auf Vorschlag dieser berufen:

- Herr Memke Block, 31547 Rehburg-Loccum (Wahlgruppe 2).

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



2022/245

16.12.2022

Änderung des Gebührenverzeichnisses des Landkreises Nienburg/Weser für die amtlichen Untersuchungen und sonstigen Amtshandlungen nach dem Fleischhygienerecht

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Die Änderung des Gebührenverzeichnisses wird beschlossen.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

ohne



Protokoll zu TOP 14

2022/217/1

16.12.2022

Weiterentwicklung und Erhöhung des Beitrages für die Klimaschutzagentur Mittelweser e.V. für den Zeitraum 2023 - 2027

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Beitrag des Landkreises zur Basisfinanzierung der Klimaschutzagentur Mittelweser e.V. wird im Zeitraum 2023 – 2027 von 0,50 € auf 1,20 € pro Einwohner, d.h. auf ca. 148.000 € jährlich, erhöht.

Die Verwaltung berichtet einmal jährlich zur Weiterentwicklung der Klimaschutzagentur.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 36 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

Landrat Kohlmeier legt dar, die Klimaschutzagentur habe in diesem Jahr ihr zehnjähriges Bestehen gefeiert. Sie sei breit aufgestellt und stark verankert. Es gebe eine sehr starke Nachfrage nach allen dort angesiedelten Beratungsangeboten. Für einige Jahre habe es eine Grundfinanzierung gegeben, die im Wesentlichen von der kommunalen Ebene getragen worden sei. Diese laufe Ende des Jahres aus. So habe es bereits unterjährig Gespräche darüber gegeben, ob die kommunale Seite bereit sei, dieses Engagement fortzuführen und ggfs. auszuweiten. Hierfür sei ein ausführliches Konzept zur Weiterentwicklung erarbeitet und vorgestellt worden. Derzeit werde rechtlich geprüft, ob die Klimaschutzagentur künftig als zentraler Dienstleister zu dem gesamten Themenspektrum dienen könne. Kommunen hätten ein großes Interesse, dort ihre erforderlichen Dienstleistungen abrufen zu können und das Angebot auf die drei Zielgruppen Unternehmen, Kommunen und Bürgerinnen und Bürger auszuweiten. Die kommunale Ebene habe sich entschieden, den Betrieb der Klimaschutzagentur künftig mit einem Betrag in Höhe von 1,20 Euro je Einwohner zu fördern. Der Betrag werde damit etwas mehr als verdoppelt. Das niedersächsische Klimagesetz sehe vor, dass die Landkreise spezielle Aufgaben übernehmen müssten. Dazu gehöre bis Ende 2024 die Erstellung eines Klimaschutzkonzepts. Das Land finanziere da-

her zwei zusätzliche Stellen. Diese Stellen könnten bei der Klimaschutzagentur angesiedelt und die Aufgabe dorthin übertragen werden.

Stellv. Landrat Dr. Schmädeke erklärt, die Klimaschutzagentur sei ein Aushängeschild des Landkreises. Die Mitarbeitenden hätten gute Arbeit geleistet. Die aktuellen Themen könnten gut durch die Klimaschutzagentur begleitet werden. Die höhere Bezuschussung diene dazu, den Landkreis an der Spitze der Bewegung zu positionieren.

KTA Schiemann führt aus, der Beschluss passe nicht in die Zeit. Die Anhebung der Beiträge sei vor dem Hintergrund des schlechten Haushaltes abzulehnen.



Einrichtung von zwei Vollzeitpersonalstellen im Bereich Klimaschutz bei der Klimaschutzagentur Mittelweser e.V.

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

1. Der Landkreis beabsichtigt nach Klärung aller rechtlichen, vergaberechtlichen und steuerlichen Belange,
 - die gem. § 18 Abs. 1 und 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes und zur Minderung der Folgen des Klimawandels (NKlimaG) dem Landkreis übertragenen Aufgaben auf Grundlage einer noch zu treffenden Vereinbarung zum Teil oder ganz an die Klimaschutzagentur Mittelweser e.V. (KSA) zu übertragen,
 - für die übertragene Leistung zahlt der Landkreis der KSA zur Deckung der dort anfallenden Sach- und Personalkosten ein vereinbartes Entgelt bis maximal zur Höhe der vom Land Nds. gem. § 18 Abs. 3 NKlimaG ausgekehrten zweckgebundenen Mittel.

2. Die noch offenen rechtlichen, vergaberechtlichen und steuerlichen Fragen werden Kreisverwaltung und KSA gemeinsam prüfen und klären und dem Kreistag anschließend einen konkreten Beschlussvorschlag dazu vorlegen.

Beratungsergebnis:

Mit Stimmenmehrheit: 36 Ja-Stimmen 2 Nein-Stimmen 0 Enthaltungen

Beratungsgang:

ohne



Änderung der Satzung und Entgeltordnung Kindertagespflege

Beschluss:

Das Gremium beschließt ungeändert.

Der Änderung der Satzung und der Entgeltordnung für den Bereich der Kindertagespflege zum 01.01.2023 wird zugestimmt.

Beratungsergebnis:

Einstimmig

Beratungsgang:

Stellv. Landrätin Altmann erklärt, der Beschluss sei ein Zeichen, dass Politikverdrossenheit nicht sein müsse. Es habe sich gezeigt, dass Betroffene sich jederzeit an die Politik wenden könnten. Dies sei wahre und gute Politik. Es sei ein guter Kompromiss gefunden worden, der in den Haushalt passe. Die SPD werde sehr gerne zustimmen.



Protokoll zu TOP 17

16.12.2022

Mitteilungen/Anfragen

Beratungsgang:

Es wurden keine Mitteilungen abgegeben und keine Anfragen gestellt.



Protokoll zu TOP 18

16.12.2022

Einwohnerinnen- und Einwohnerfragestunde

Beratungsgang:

Es werden keine Fragen gestellt.